Grosser Nutzen von Abkommen

Studien zeigen viel Handelspotenzial der Schweiz

Bilaterale Handels-, Investitions- und Steuerabkommen führen zu deutlich höheren Handelsvolumen. Das zeigt eine neue Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Das Seco ortet ein erhebliches Potenzial für Handelswachstum.

hus. · Handel ist kein Selbstzweck. Und Handel schafft in der Theorie und meist auch in der Praxis Wohlstand. Aus ökonomischer Sicht gelten globale Handelsöffnungen via Welthandelsorganisation WTO als Königsweg, weil dies im Prinzip Gleichbehandlung für alle bedeutet. Wenn es aus politischen Gründen harzt in der WTO (und es harzt schon seit längerem), sind bilaterale Abkommen aber eine beliebte Alternative. Solche Abkommen können den Handel zwischen den beteiligten Ländern stark fördern. Dies zeigt eine am Dienstag vorgestellte Studie der ETH Zürich im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco).

Mit einem statistischen Verfahren versuchten die Autoren, auf Basis eines fast 130 Länder umfassenden Datensatzes den Handelseffekt von fünf Abkommenstypen herauszuschälen: Güterabkommen, Dienstleistungsabkommen, Investitionsabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen und Währungsabkommen. Demnach steigern solche Abkommen längerfristig den bilateralen Handel oft um zwei- bis dreistellige Prozentwerte. Dabei haben laut der Studie nicht nur Handels- und Investitionsabkommen, sondern auch Steuerabkommen eine erhebliche handelsfördernde Wirkung.

Die Zahlen sind bei solchen statistischen Übungen nicht auf die Goldwaage zu legen. Wichtiger ist die Grundaussage, dass bilaterale Abkommen den Handel unter den beiden Partnern erheblich fördern können – wobei allerdings nichts über Handelsverzerrungen zulasten von Drittländern gesagt ist. Das Wachstumspotenzial für den internationalen Handel der Schweiz sei gross, resümierte Seco-Chefökonom Aymo Brunetti an einer Tagung vom Dienstag in Bern nach der Präsentation von insgesamt vier externen Studien. Die vom Seco präsentierten Weltkarten zeigten in Bezug auf Handels- und Steuerabkommen noch viele weisse Flecken, etwa in Lateinamerika und Asien, zum Teil aber auch in Europa, Nordamerika und Ozeanien.

Doch auch hier gilt der Primat der Politik. Freihandelsabkommen etwa mit Australien, Brasilien oder den USA stossen in der Schweiz auf Widerstand vor allem der Landwirtschaft. Und ein umfassendes Dienstleistungsabkommen mit der EU steht zurzeit auch nicht oben auf der Schweizer Agenda. Denn dies würde wahrscheinlich institutionelle Mechanismen à la EWR mit sich bringen und wäre deshalb innenpolitisch nur schwer verkäuflich. Die Schweizer Wirtschaft drängt auch nicht wirklich auf ein solches Abkommen, viele Firmen haben sich irgendwie eingerichtet (Versicherer zum Beispiel mit einer Tochter in Liechtenstein, das zum EWR gehört), die Personenfreizügigkeit hat schon einige Probleme gelöst, und der mutmasslich kommende EU-Regulierungsschub für Finanzdienstleister veranlasst hiesige Anbieter zur Vorsicht.

Eine weitere Studie im Auftrag des Seco (Universität Bern) ortete einige Hürden für Schweizer Dienstleister in EU-Ländern. Der erste Schritt wäre hier laut den Autoren die Schaffung von Informationsplattformen, wo sich Unternehmen an Verbände oder Behörden wenden könnten, um Hilfe bei der Überwindung solcher Hürden zu bekommen.

Brüssel will Corporate Governance verbessern

Grünbuch stellt Mandats-Begrenzungen und Frauenquoten für Verwaltungsräte zur Diskussion

In einem Grünbuch zur Corporate Governance kotierter Unternehmen stellt die EU-Kommission unter anderem Frauenquoten für Verwaltungsräte und Aktionärs-Abstimmungen über die Gehaltspolitik zur Debatte.

Ht. Brüssel · Eine der Lehren aus der Finanzkrise ist aus Sicht der EU-Kommission, dass die bisher vor allem auf Selbstregulierung beruhende Corporate Governance nicht so wirksam gewesen ist, wie sie hätte sein können. Mit einem am Dienstag veröffentlichten Grünbuch leitet die Behörde deshalb eine bis am 22. Juli laufende öffentliche Konsultation ein, um Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten. Danach will sie beurteilen, ob auf EU-Ebene Gesetzgebungsvorschläge nötig sind. «Wir brauchen vor allem Verwaltungsräte, die effizienter arbeiten, und Aktionäre, die ihre volle Verantwortung wahrnehmen.» Mit diesen Worten begründete EU-Binnenmarktkommissar Barnier den Vorstoss. Im Fokus des Papiers stehen alle börsenkotierten Unternehmen; es ergänzt ein 2010 veröffentlichtes Grünbuch, das sich auf die Corporate Governance im Finanzsektor konzentriert hat.

Zu homogene Verwaltungsräte

Corporate Governance ist das System der Leitung und Kontrolle von Unternehmen. Einen breiten Raum nehmen im Grünbuch die Verwaltungs- oder Aufsichtsräte ein. Hier plädiert die Kommission für mehr Diversität bezüglich Geschlecht, beruflicher Qualifikation und geografischer Herkunft, um einseitigem Gruppendenken entgegenzuwirken. Laut dem Papier liegt der Anteil von Frauen in diesen Gremien im EU-Durchschnitt derzeit bei 12%, mit einem Spektrum von 3% in Italien bis zu 18–33% in den nordischen Staaten. Der Anteil von Ausländern wiederum habe laut einer externen Erhebung bei 371 Firmen 54% in den Niederlanden, aber nur 8% in Deutschland betragen. Werde nicht gehandelt, werde es bis zu einer ausgeglicheneren Vertretung der Geschlechter weitere 50 Jahre dauern, klagt die Kommission. Deshalb sei es nötig, mögliche Massnahmen wie die Einführung von Quoten zu prüfen. Das Papier stellt aber auch weniger einschneidende Instrumente zur Debatte. So könnte etwa von kotierten Unternehmen die Vorlage einer Diversitäts-Politik mit regelmässigen Umsetzungs-Berichten gefordert werden.

Als ähnlich umstritten wie Quoten dürfte sich eine zweite Anregung erweisen: Eine Begrenzung der Zahl der Verwaltungsratsmandate pro Person könnte eine einfache Lösung sein, um sicherzustellen, dass Verwaltungsräte ihre Aufsichtsfunktion tatsächlich wahrnehmen und ihr genügend Zeit widmen, schreibt die Kommission. Für den Finanzbereich hat sie bereits 2010 eine Begrenzung auf «zum Beispiel» drei Mandate zur Debatte gestellt. Erneut diskutieren will sie zudem die Managergehälter und -boni, nachdem bisherige nicht bindende Empfehlungen beschränkten Erfolg hatten. Nun fragt das Grünbuch, ob die Offenlegung der Gehaltspolitik und der individuellen Bezüge von Managern und Verwaltungsräten sowie eine Abstimmung der Aktionäre über die Entschädigungspolitik obligatorisch gemacht werden sollten.

Aktionäre denken kurzfristig

Ein zweites Kernanliegen der Kommission ist es, die Aktionäre stärker an Corporate-Governance-Fragen zu beteiligen und ihr Interesse an nachhaltigen Renditen statt nur kurzfristigen Gewinnen zu fördern. Allerdings sind die Ideen hierzu noch recht vage. Zur Diskussion gestellt wird etwa, wie Anreizstrukturen von Vermögensverwaltern stärker auf die längere Frist ausgerichtet werden könnten, ob Minderheitsaktionäre mehr Rechte und Schutz brauchten und ob «proxy advisors» (sie beraten institutionelle Anleger gegen Entgelt etwa zu Abstimmungen in Aktionärsversammlungen) per Gesetz zu Transparenz und zur Begrenzung von Interessenkonflikten verpflichtet werden sollten. Drittens will die Kommission den bisherigen EU-Ansatz überprüfen, laut dem die Unternehmen nationale Corporate-Governance-Kodizes anwenden oder erklären müssen, warum sie von diesen abweichen («comply or explain»). Bis heute seien diese Erklärungen mehrheitlich unbefriedigend.

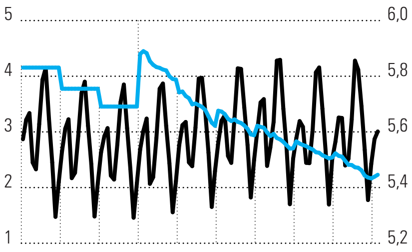
Gebremste Schweizer Hotellerie

Deutlich weniger Logiernächte im Februar

ti. · Nach einer leichten Zunahme im Januar hat die Schweizer Hotellerie im Februar einen deutlichen Rückgang der Logiernächte hinnehmen müssen. Laut Angaben des Bundesamtes für Statistik nahm die Zahl der Übernachtungen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 7,7% auf 3 (i. V. 3,26) Mio. ab. Auf das Konto inländischer Gäste gingen 1,39 (1,49) Mio. Übernachtungen, was einem Rückgang von 6,6% gleichkommt. Noch deutlicher, nämlich um 8,6% auf 1,61 (1,77) Mio., nahm die Zahl der Logiernächte ausländischer Gäste, namentlich aus den reifen europäischen Märkten, ab. Einmal mehr sind diese Rückschläge durch Zuwächse aus aufstrebenden Ländern (Russland, China, Golfstaaten) abgefedert worden.

Hinter dem Rückgang der Logiernächte steht zunächst der starke Franken. Dies dürfte grösstenteils die Entwicklung bei den Herkunftsländern Deutschland (–17,6%), Niederlande (–17,5%) oder Belgien (–40,9%) erklären. Ein weiterer negativer Effekt ging vom milden Wetter im Februar aus, das in erster Linie inländische Gäste von den Winterferienorten fernhielt. Das bekamen vor allem das Berner Oberland (–16%), Graubünden (–12,7) oder das Wallis (–12,6%) zu spüren. Schliesslich fallen dieses Jahr Winter- und Sportferien, anders als im Vorjahr, in bedeutenden Herkunftsregionen (z. B. Bayern) auf den März, was einen Vergleich erschwert.

Hotellerie – Angebot und Nachfrage[1]



Logiernächte in Mio.
Erfasste Betriebe in Tausend (rechte Skala)

[1] Keine Daten für das Jahr 2004 verfügbar.

QUELLE: BFS NZZ-INFOGRAFIK / tcf.

IN KÜRZE

Paris schränkt Energiepreise ein

(Reuters) · Gut ein Jahr vor der Präsidentenwahl geht Paris gegen höhere Energiepreise vor. Die Regierung begrenzte den Anstieg der Strompreise auf 1,7% im Juli und 1,2% im Sommer 2012. Das liegt weit unter dem jährlichen Anstieg von 5,1%, den der staatliche Stromerzeuger EdF für die nächsten vier Jahre beantragt hatte. Die Regierung machte am Dienstag zudem Hoffnungen des Gasversorgers GdF Suez auf eine weitere Preiserhöhung im Juli zunichte. Präsident Sarkozy hofft mit dem Schritt Kritik zu entkräften, er tue nicht genug für die Verbraucher.

PERSONEN

Gategroup-Chef nimmt den Hut

(sda) · Der Chef des Luftverpflegungs-Unternehmens Gategroup zieht die Konsequenzen aus dem jüngsten Betrugsfall: Guy Dubois tritt sofort von seinem Amt zurück. Eine Untersuchung sei zwar zum Schluss gekommen, dass Dubois keinerlei Kenntnisse vom Betrug gehabt habe. Wegen Verbindungen zwischen seiner Familie und derjenigen der beschuldigten Mitarbeiterin könnte aber der Anschein eines Interessenkonflikts entstehen, heisst es in der Mitteilung. Dubois' Nachfolger wird Andrew Gibson, gegenwärtig Präsident der nordamerikanischen Region.

ANZEIGE

New York, März 2011

EDMOND DE ROTHSCHILD
*pri*fund ALPHA TRADERS

Bester Fund of Hedge Funds Global Macro 2010

Edmond de Rothschild Prifund Alpha Traders wurde von InvestHedge für das Jahr 2010 als bester Fund of Hedge Funds in der Kategorie Global Macro ausgezeichnet, sowie gleichzeitig die Gruppe Edmond de Rothschild als bester Manager von Funds of Hedge Funds.

Banque Privée Edmond de Rothschild S.A. / 18, rue de Hesse / CH 1204 Genf
+41 58 818 95 68 - infoprifund@bper.ch - www.edr-prifund.ch

BANQUE PRIVÉE
EDMOND DE ROTHSCHILD